

16.39

Abgeordnete Klaudia Friedl (SPÖ): Herr Präsident! Herr Minister! Sehr geschätzte Frau Volksanwältin, sehr geschätzte Herren Volksanwälte, Ihnen einen besonderen Gruß an dieser Stelle! An den beiden Ausschusstagen der vergangenen Wochen haben Sie uns ja sehr, sehr ausführlich über die Probleme, über die Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger informiert. Wir haben das reichlich diskutiert. Sie haben uns ganz klar veranschaulicht, wo die Probleme sind, wo die Menschen der Schuh drückt, und uns allen Ihre Prüfberichte auch immer sehr, sehr interessant und sehr pointiert nähergebracht.

Ich möchte heute kurz auf den Bereich der Pflege eingehen, denn da gibt es, wie uns zu Ohren gekommen ist, ganz besonders Probleme – das wissen wir ja schon länger – das Pflegepersonal betreffend. Die Menschen werden älter – wir kennen die demografischen Zahlen –, wir wünschen uns und wollen beste Betreuung für sie alle. Diese erfolgt de facto momentan großteils durch Familienmitglieder, die letztendlich auch diejenigen sind, die ihre Angehörigen sehr lange zu Hause betreuen.

Eine Studie des Wifo aus dem Jahr 2018 zeigt uns auch, dass wir bis zum Jahr 2050 – geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dieses Jahr ist nicht mehr so weit entfernt, wie es einmal war – 80 000 zusätzliche Betreuerinnen und Betreuer brauchen. – 80 000, eine unermesslich hohe Zahl! Wir haben aber heute schon keine adäquaten Pflegekräfte mehr. Das heißt, das Gebot der Stunde ist und wäre – ich rede jetzt im Konjunktiv –: Es ist an der Zeit, dass wir heute beginnen, die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal zu attraktiveren. Dazu braucht es aber mehrere Maßnahmen: ein ordentliches Gehalt; es braucht Arbeitszeiten, um Beruf und Familie vereinbaren zu können; und ein ganz wichtiger Faktor, den wir vielleicht in der letzten Zeit vergessen haben: Wertschätzung und Aufwertung dieser sozialen Berufe. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Außerdem ist es ganz, ganz wichtig, dass unser Pflegepersonal in der Dienstzeit die Möglichkeit hat, adäquate und gute Supervision zu machen, denn dieser Beruf ist sehr, sehr schwierig. Die Menschen erleben ganz dramatische Dinge. Daher braucht es Supervision, damit sie ihren psychischen Ausgleich haben können.

Pflege wird natürlich großteils von Frauen geleistet. 10 Prozent der gesamten Bevölkerung sind informell in Betreuung und Pflege involviert – und das natürlich gratis. Dass es eine zusätzliche Belastung für unsere Frauen ist, neben Job und Familie diese schwere Arbeit zu tun, brauche ich Ihnen nicht extra zu sagen. Das wirkt sich oft auch

auf die Karriere, auf die momentane finanzielle Situation und auch auf die Höhe der Pension aus.

Daher brauchen wir ganz, ganz dringend, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, einen neuen Ansatz der Carework, nämlich einen würdevollen Umgang mit den Menschen, aber auch mit unserem Pflegepersonal. Das Burgenland, mein Heimatbundesland geht in Zukunft neue Wege. Angehörige sollen ihre zu pflegenden Familienmitglieder nicht mehr gratis betreuen, sondern bekommen ein Gehalt, 1 700 Euro für eine Vollzeitpflege. Sie bekommen eine Ausbildung und können nach der Pflege ihrer eigenen Angehörigen, wenn diese verstorben sind, quasi nahtlos diese Lücke durch diese Ausbildung schließen und können weiter pflegen. Vielleicht wäre das ein Weg, der für das gesamte Land gangbar wäre.

Was mir auch sehr am Herzen liegt, ist: Seit der Einführung des Pflegegeldes im Jahre 1993, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wurde dieses Pflegegeld noch nie-mals erhöht, das heißt, der Realverlust ist 30 Prozent, ein enormer Betrag, der eigentlich den Menschen, die pflegen und die Unvorstellbares leisten, im Geldtaschel fehlt.

Zuletzt möchte ich den scheidenden VolksanwältInnen sehr, sehr herzlich für ihren Einsatz und für ihre tolle Arbeit danken und darf ihnen an dieser Stelle das beste Zeugnis ausstellen. – Danke schön und alles Gute für die Zukunft. (*Beifall bei SPÖ und JETZT.*)

16.43

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Dönmez. – Bitte.